

Und das Politische?

|| Kirchliche Jugendarbeit vor dem Hintergrund der Jugend- und Engagementforschung

Seit dem Synodenbeschluß „Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit“ gehören politisches Lernen und politische Bildung wesentlich zum Selbstverständnis kirchlicher Jugendarbeit. Das dokumentieren die Grundsatzprogramme kirchlicher Jugendverbände genauso wie diözesane Leitlinien zur Jugendpastoral und Jugendarbeit.

Diese Bedeutung politischen Lernens steht vom Synodenbeschluß her in engem Zusammenhang mit dem Lernziel der Mündigkeit:

„Jugendarbeit soll Mündigkeit in Kirche und Gesellschaft einüben, das kann sie um so besser, je unterschiedener sie den jungen Menschen dahin führt, das Leben in Kirche und Gesellschaft selber mitzugestalten.“¹

Mündigkeit wiederum ist eine zentrale, zugleich politische wie pädagogische Dimension des vom Synodenbeschluß formulierten Grundverständnisses kirchlicher Jugendarbeit als „gesellschaftlicher Diakonie“. Die Jugendarbeit der Kirche ist in diesem Sinn nicht als eine Zielgruppenpastoral mit rekrutierender Absicht konzipiert, sondern als ein *Dienst an der Jugend*. Dieser Dienst gilt weiterhin nicht nur der „Jugend der Kirche“, sondern der „Jugend überhaupt“ – und ist so zugleich ein „Dienst an der Gesellschaft“². Im Mittelpunkt kirchlicher Jugendarbeit stehen demnach, um an die vielzitierte Präambel der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ zu erinnern, die Lebensbedingungen, die Zukunftshoffnungen und -ängste der Jugend *insgesamt* und *ihre* Sicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit (vgl. GS 1).

Es gibt vor allem zwei Gründe, den offensichtlichen programmatischen Konsens in diesen Fragen immer wieder auf seine Substanz hin zu überprüfen: Erstens entwickelt der Synodenbeschluß das spezifisch diakonische Verständnis kirchlicher Jugendarbeit auf der Basis einer Analyse der gesellschaftlichen Situation von Jugend und aus einer konkreten kirchlichen Situation heraus. Will man den diakonischen Ansatz nicht zum bloßen Zitat werden lassen, bedarf es daher immer wieder neu der kritischen Überprüfung, wie die gesellschaftlichen Bedingungen des Lernziels Mündigkeit im Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene konkret beschaffen sind und von welchen Voraussetzungen kirchliche Jugendarbeit auszugehen hat, wenn sie sich diesem Lernziel verpflichtet sieht³.

Zweitens gelten für die kirchliche Jugendarbeit seit jeher auch Normen (oder besser: Plausibilitäten), die sich weniger einer konzeptionellen oder programmatischen Vergewisserung verdanken, sondern oft wenig reflektiert aus ihrer konkreten Verfaßtheit entstehen:

„In der Praxis werden an die kirchliche Jugendarbeit, v.a. auf Pfarrgemeindeebene, oft Erwartungen gerichtet, die weder mit der gegenwärtigen Jugendsituation noch mit den kirchlichen Leitlinien zur Jugendarbeit vereinbar sind.“⁴

Diese Normen können insbesondere auf seiten der hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Art doppeltes Bewußtsein erzeugen: Einerseits folgt man der vor Ort dominierenden Handlungslogik und den damit verbundenen expliziten wie impliziten Vorgaben – andererseits werden die offensichtlichen Widersprüche zum programmatischen Leitbild als permanente (und nie erfüllbare) Ansprüche an die eigene Arbeit konserviert. Die Selbstabwertung der eigenen Arbeit, aber auch eine mitunter defizitäre Sichtweise der „heutigen Jugend“ sind Phänomene, die sich in Aussagen von Hauptberuflichen finden und auf diese widersprüchliche Ausgangssituation zurückführen lassen.

Auf welche Voraussetzungen aber trifft die kirchliche Jugendarbeit heute im Blick auf das politische Interesse und die Engagementbereitschaft von Jugendlichen? Und wie wären sie als die gegenwärtigen Ausgangsvoraussetzungen von kirchlicher Jugendarbeit als Ort politischen Lernens und Engagements zu bestimmen?

Politische Jugendbildung: Unternehmen wider den Zeitgeist?

Wenn man das politische Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Indikator für den Erfolg politischer Jugendbildung im allgemeinen nähme, dann wäre es derzeit um sie nicht besonders gut bestellt. Denn die Jugendstudien der letzten Jahre lassen auf den ersten Blick eine klare Tendenz erkennen: Gemessen an den Werten der 80er oder frühen 90er Jahre ist das allgemeine Interesse Jugendlicher an Politik deutlich gesunken. So ermittelte die Shell-Jugendstudie des Jahres 1984 noch einen Anteil der – nach Selbsteinschätzung – politisch Interessierten unter den 15 bis 24jährigen von 55 Prozent und die des Jahres 1991 sogar einen von 57 Prozent. Seitdem sinkt diese Zahl kontinuierlich (1996: 47 Prozent, 1999: 43 Prozent) und liegt im Jahr 2002 bei nur noch 34 Prozent⁵. Damit wird eine zunächst subjektive Erfahrung bestätigt, die Praktiker der außerschulischen Jugendarbeit immer wieder berichten: Die Zeit der politischen Auseinandersetzungen ist offensichtlich vorbei, politische Themen sind weitgehend „out“ oder nur schwer zu transportieren.

Allerdings sind das politische Interesse und auch die Engagementbereitschaft Jugendlicher heterogener, als es die auf möglichst eingängige Generationenlabels

(„X“, „Spaß“, „Ego“...) abzielende Rezeption der Jugendforschung nahelegt. Der Blick in die aktuelle Shell-Jugendstudie zeigt etwa, daß auf Ablehnung und/oder Desinteresse bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem die institutionalisierten Formen und Verfahren politischer Interessenvertretung und Entscheidung stoßen – einschließlich ihrer Organe in der repräsentativen Demokratie⁶. Diese Distanz spiegeln auch die im Altersgruppenvergleich geringe Wahlbeteiligung⁷ und die relativ hohen Zustimmungswerte für Aussagen, die eine Haltung der „Politikverdrossenheit“ zum Ausdruck bringen⁸.

Zugleich aber sind laut derselben Studie „die grundlegenden politischen Prinzipien der Demokratie bei den Jugendlichen ... internalisiert“⁹. Dieser ambivalente Eindruck setzt sich auch in Einzelergebnissen fort: Auf Ressentiments und Ängste weisen die Aussagen zu bestimmten stigmatisierten Bevölkerungsgruppen (z.B. Zuwanderer bzw. Aussiedler, Kinderreiche und Sozialhilfeempfänger, Studenten, Homosexuelle) und zur Beurteilung von Zuwanderung hin¹⁰, während die Einstellungen in anderen Politikbereichen (wie etwa die europäische Integration oder die Globalisierung) Problembewußtsein und informiertes Wissen deutlich machen¹¹.

Ohne hier weiter ins Detail zu gehen, kann für unseren Zusammenhang sicher das Fazit der Shell-Studie 2002 unterstrichen werden, die Selbsteinschätzung einer Mehrheit der Jugendlichen, politisch nicht oder wenig interessiert zu sein, nicht als Diagnose einer ganzen Generation zu nehmen (sofern man überhaupt von Generation sprechen kann)¹². Die Vermutung liegt nahe, daß die Jugendlichen selbst gerade die Formen politischer Willensbildung als „politisch“ identifizieren, die von ihnen eher mißtrauisch betrachtet werden – weshalb sie sich dann folgerichtig als „unpolitisch“ einstufen. Legt man allerdings einen anderen Begriff des Politischen zugrunde, stellen sich Interesse und auch Engagement sehr viel differenzierter dar¹³. Vielleicht ist es nur die Abwesenheit genuiner Jugendthemen, die die Befragten aus Erwachsenensicht als eher politikabstinent erscheinen läßt. So lassen sich die von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen benannten Zukunftsthemen kaum von einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt unterscheiden¹⁴. Sie sind nicht zuletzt ein getreues Abbild der medial geprägten Themenkonjunkturen inklusive einer wenig konsistenten Sicht von Problemfeldern auf der einen und politischen Zukunftsaufgaben auf der anderen Seite. Man kann daher in diesem Sinn weder von originären Jugendthemen sprechen noch von einem im Vergleich mit anderen Altersgruppen spezifischen „jugendlichen“ Fokus auf politische Fragen¹⁵.

Die Shell-Studie 2002 empfiehlt der Politik (und man wird einschließen können: auch der politischen Bildung) in dieser Situation eine pragmatische Herangehensweise: Nicht das „Neuerfinden“ von Jugendthemen oder die politische Thematisierung spezifisch jugendlicher Interessen seien sinnvoll, sondern es sei vor allem der Beweis zu führen, „welche praktischen Nutzeffekte es den Jugendlichen bringt, wenn sie sich politisch engagieren“¹⁶. Das ist durchaus folgerichtig – unter zwei Prämissen. Zum ersten muß man das Verhältnis von Politik und Jugendlichen (oder

generell: von Politik und Bürgern) primär als Dienstleistungsverhältnis im weitesten Sinn auffassen. Politikverdrossenheit würde so zuallererst als ein Akzeptanzproblem des Produkts „Politik“ begriffen – eine wahrscheinlich verbreitete Sichtweise. Und zum zweiten muß man sich in der Analyse des veränderten politischen Interesses auf den Mentalitätswandel konzentrieren. Das geschieht ebenfalls sehr verbreitet, etwa unter den Stichworten eines neuen Pragmatismus, einer Wertesynthese oder – wie in der Shell-Studie – unter dem Schlagwort der „egotaktischen Lebensführung“¹⁷. Ohne diese Prämissen generell widerlegen zu wollen (da sie ohne Zweifel ein Ausdruck der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Realitäten sind), möchte ich den Blick auf die „Bruchstellen“ der dabei zugrundeliegenden Betrachtungsweise lenken: Sie treten insbesondere dort zutage, wo sich nicht mehr von alterskohortentypischen Interessenartikulationen sprechen läßt, sondern wo die befragte Alterskohorte in unterschiedlich privilegierte soziale Gruppen mit höchst ungleichen gesellschaftlichen Teilhabechancen zerfällt. Diese Bruchstellen im Konstrukt einer „Generationenlage“ können vielleicht auch auf das letztlich *Politische* an der Fragestellung nach dem politischen Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufmerksam machen – und damit auch auf das potentiell Ideologische der generationsfixierten Betrachtung gesellschaftlicher Veränderungen.

Einstellungswandel oder Kontinuität sozialer Ungleichheit?

In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat die Mentalitätsdimension gesellschaftlicher Veränderungen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen¹⁸. Auch die Veränderungen politischen Interesses und gesellschaftlichen Engagements Jugendlicher und junger Erwachsener werden als Ausdruck eines grundlegenden Wandels der zugrundeliegenden Einstellungs- und Wertemuster interpretiert. Im Zentrum steht dabei die Beobachtung und Analyse eines neuen Typs der Wertorientierung, die – empirisch wie theoretisch – auf die Speyerer Werteforschung um Helmut Klages zurückgeht. Klages beschreibt seit den frühen 80er Jahren die Tendenz hin zu einem Wertetyp, der bisher als unvereinbar geltende materialistische (ichbezogene) und idealistische (soziale) Werthaltungen integriert. Er nennt diesen Typ „Wertesynthese“. Seine Wertetypologie stellt sowohl der Postmaterialismusthese Robert Ingleharts als auch der in den 80er und 90er Jahren gerade in Deutschland¹⁹ stark vertretenen Werteverfallthese eine differenziertere Sicht des Wertewandels entgegen, die sich nicht zuletzt in der Engagementforschung inzwischen durchgesetzt hat.

Noch zu Beginn der 90er Jahre war vielfach die Rede von einem Rückgang der Engagementbereitschaft und von einer „Auszehrung“ des gesellschaftlichen Solidaritätspotentials. Nicht zuletzt der Nachweis neuer, sowohl an eigenen Interessen als auch an sozialen Werten ausgerichteten Handlungsorientierungen öffnete den Blick

für den komplexen Strukturwandel freiwilligen Engagements und damit auch für neue Engagementmotivationen und -formen, die eher pragmatisch als ideologisch angelegt und eher biographisch-konkret denn grundsätzlich (sei es ethisch oder politisch) begründet sind.

Die Shell-Studie 2002 zeigt, daß dieser Ansatz auch die Jugendforschung erreicht hat. Die von dieser Studie entwickelte Wertetypologie ist weitgehend – abgesehen von einer anderen Begrifflichkeit – eine Modifizierung der von Klages entwickelten Typologie²⁰. Entscheidend ist allerdings, daß die Shell-Studie für *alle* Werttypen von der Durchsetzung der Wertesynthese als bestimmender Orientierung spricht. In früheren Studien war die zunehmende Bedeutung der Wertesynthese noch an das Auftreten eines abgrenzbaren Werttyps (den Klages „Aktive Realisten“ nannte) gebunden, neben dem es vor allem im Blick auf traditionelle wie auch materialistische Einstellungen andere Typen gab, die von einer Wertesynthese noch weit entfernt waren. Demgegenüber ist laut Shell-Studie „die nunmehrige Verknüpfung von Konventionswerten mit Kreativitäts- und Engagementwerten in der *gesamten Jugend* neuartig und hat weitreichende Folgen. ... (Sie muß) nunmehr als *Leitmotiv* der Jugendkultur angesehen werden, an das sich die Mehrheit der Jugend anlehnt“²¹.

So eingängig die auf Werte und Einstellungen fokussierte Perspektive ist (was sicherlich mit zu ihrer öffentlichen Akzeptanz beigetragen hat), bedarf sie allerdings einer kritischen Ergänzung und Korrektur. Bereits im Zusammenhang mit der Engagementforschung wiesen verschiedene Studien der letzten Jahre auf die blinden Flecken dieser Fokussierung hin²². Sie zeigten auf, daß freiwilliges Engagement sich eben nicht allein im Gefolge eines allgemeinen Einstellungswandels verändert. Der Strukturwandel freiwilligen Engagements stellt sich – entgegen der Programmatik des für eine allgemein größere gesellschaftliche Teilhabe stehenden „bürgerschaftlichen Engagements“ – im Blick auf verschiedene soziale Schichten durchaus unterschiedlich dar. Freiwilliges Engagement ist auf soziale und sozio-ökonomische Ausgangsvoraussetzungen und Ressourcen angewiesen, die nach wie vor höchst ungleich verteilt sind. Es gibt Hinweise, daß sich die Verteilung des „sozialen Kapitals“ im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung sogar zunehmend ungünstiger für sozial und insbesondere bildungsbenachteiligte Gruppen gestaltet²³.

Auch wenn dieses Problem nicht im Hauptfokus der Shell-Studie 2002 steht, liefert sie dennoch Hinweise, daß man auch hinsichtlich des politischen Interesses Jugendlicher von einem relevanten Einfluß dieser Faktoren ausgehen muß. Neben den Faktoren Alter und Geschlecht haben die verschiedenen Wertetypen eine deutliche soziale bzw. sozio-ökonomische Dimension, die sich insbesondere am Bildungsgrad festmacht²⁴. Daß die „Vererbung“ von Bildung in Deutschland eine deutliche ökonomische Komponente hat, wird im Abgleich von Bildungsabschlüssen und sozialer Herkunft deutlich²⁵ – und bestätigt damit Erhebungen wie den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung oder die OECD-PISA-Studie.

Der enge Zusammenhang zwischen den subjektiven Wertorientierungen und den objektiven gesellschaftlichen Teilhabechancen wird noch klarer, wenn man die vier Werttypen der Shell-Studie 2002 auf ihre Affinität zu Politik und Engagement hin untersucht. Die Grundtendenz läßt sich so skizzieren, daß „Idealisten“ das größte politische Interesse bekunden (gefolgt von den „Machern“) und daß sie sich gemeinsam mit den Machern mehrheitlich für die Sinnhaftigkeit eines sozialen und politischen Engagements aussprechen. Demgegenüber ist das politische Interesse bei „Materialisten“ und „Unauffälligen“ deutlich geringer, wie sie auch Engagement mehrheitlich ablehnen bzw. dessen Sinn in Frage stellen²⁶.

Zusammenfassend wird in der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der jüngsten Shell-Studie vor allem eines deutlich: Das ohne Zweifel dominierende Handlungsmuster eines individuellen und pragmatischen Umgangs mit Lebensanforderungen und die Integration gegensätzlicher bzw. paradoxer Normerwartungen und Handlungsanforderungen auf der Einstellungs- bzw. Wertebene können nicht abgekoppelt werden von deren sozio-ökonomischen Voraussetzungen und Bedingtheiten²⁷. Wie dieser Zusammenhang bewertet wird, ist eine Frage der Forschungsperspektive – aber auch des implizit zugrundeliegenden politischen Analyserahmens.

Das soll ein Beispiel aus derselben Studie deutlich machen: Die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit für Art und Intensität politischen Interesses und Engagements findet in ihr besondere Beachtung. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug zu Politik und demokratischer Mitwirkung (männliche Jugendliche sind im Vergleich sowohl mitwirkungs- als auch ordnungsorientierter, während Mädchen und junge Frauen sich relativ mehr bei den Desinteressierten finden) erklärt die Studie dem eigenen Fokus entsprechend vor allem sozialisationstheoretisch. Sie spricht von geschlechtsspezifischen „Stilen der Lebensbewältigung“, die bei Jungen und Männern eher zum Interesse an der öffentlichen Organisation politischer Interessen führten, während bei Mädchen und Frauen stärker informelle und „unpolitisch“ wirkende Formen der Beteiligung im Vordergrund stünden²⁸. Diese Wahrnehmung läßt sich sicher belegen. Wenn man aber auf dieser Ebene verbleibt und nicht zugleich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilhabechancen von Frauen und Männern bzw. Mädchen und Jungen einer kritischen Analyse unterzieht, führt sie im Ergebnis allenfalls zur Reproduktion fragwürdiger Geschlechterklischees – die allerdings politisch alles andere als „unschuldig“ sind, wenn es um die Legitimation gesellschaftlichen Einflusses oder auch nur um die Chancenverteilung auf dem Arbeitsmarkt geht²⁹.

Die Ergebnisse und mehr noch die Fragedesigns der Jugendstudien spiegeln ohnehin nicht nur den Fortgang wissenschaftlicher Methodik und Theorie wider, sondern sie sind immer auch ein Reflex auf bestimmte gesellschaftliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen. So sah etwa die Shell-Jugendstudie von 1997 die erstmals festgestellte hohe Korrelation traditionell unvereinbarer Wertorientie-

rungen noch als problematische Entwicklung, weil sie die Bedingungen des Aufwachsens Jugendlicher auch politisch als prekär beschrieb. Die „Aufweichung“ der Unterscheidung zwischen sozialen und ichbezogenen Werten wurde primär als eine individuelle „Anpassung“ an die gesellschaftlichen Vorgaben interpretiert, die „von Unschärfe, Konturenunklarheit, Diffusität und Widersprüchlichkeit geprägt (seien)“³⁰. In den folgenden Jahren wurde die Bewertung der neuen Wertekonstellationen aber immer stärker von einer kritischen Auseinandersetzung mit den gleichermaßen auf die Entwicklung des Individuums und des Sozialen einwirkenden gesellschaftlichen Imperativen abgelöst. Sie hat sich gewissermaßen zum wichtigen Indikator für die gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven verselbständigt. Anders formuliert: Je mehr diese – vor allem aus ökonomischer und technischer Rationalität erwachsenden – Imperative aus der Sphäre politischer Gestaltung verschwinden und je stärker sich Politik mit der Rolle der mehr oder weniger widerständigen Erfüllungsgehilfin neoliberaler Prämissen bescheidet, desto weniger steht die Kritik der Verhältnisse im Mittelpunkt der Diskussion. Zur Schlüsselfrage wird stattdessen die individuelle wie gesellschaftliche Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit an die veränderten Bedingungen.

So ist das wesentliche Ergebnis der Shell-Studie 2002, daß die Bereitschaft zur Anpassung an höchst widersprüchliche Vorgaben und Anforderungen offensichtlich bei der großen Mehrheit der Jugendlichen vorhanden ist. „Aufstieg statt Ausstieg“ lautete daher nicht unpassend der Titel, mit dem die Ergebnisse dieser Studie öffentlich präsentiert wurden. Diese Akzentuierung hat sicherlich auch zur positiven Rezeption der Studie durch die institutionalisierte Politik beigetragen. Die Chancen allerdings, aus dieser Anpassungsbereitschaft heraus auch tatsächlich ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben realisieren zu können, bleiben höchst unterschiedlich – das Leitbild des Aufstiegs wird allzuoft von der Realität des drohenden Ausschlusses konterkariert. Diese Realität ist allerdings wohl nicht im Blick, wenn davon die Rede ist, Jugendlichen müsse der praktische Nutzen eines politischen Engagements vermittelt werden. Es besteht daher durchaus die Gefahr, daß Politik und auch politische Bildung sich – analog zum Mainstream der Engagementförderung der letzten Jahre – in ihrer Wahrnehmung und ihren Konzepten vor allem auf die Jugendlichen konzentrieren, denen es gelingt, den geforderten Spagat zwischen den gesellschaftlich honorierten Durchsetzungswerten und einer inzwischen wieder als notwendig erkannten sozialen Orientierung individuell zu bewältigen.

Gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation und politische Mitgestaltung dürfen aber nicht zur Angelegenheit derer werden, die ohnehin „dazugehören“, weil sie über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Es bedarf einer Korrektur aus der Perspektive derjenigen, die von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen oder in ihrer Wahrnehmung eingeschränkt sind. Daß sich die soziale Segregation in dieser Hinsicht eher zu verschärfen als aufzuweichen scheint, macht diese Aufgabe nicht ein-

facher – und ebensowenig, daß diese Segregation ihre Entsprechung auf der Einstellungsseite offenbar bereits gefunden hat: Laut Shell-Studie 2002 zeichnet sich die Mehrheit der Jugendlichen durch einen „hohen Grad von Selbstzentriertheit“ aus, „der bis zu einem Egoismus in der Durchsetzung eigener Interessen im sozialen Umfeld gesteigert werden kann“³¹. Verwundern kann das allerdings nicht angesichts des politischen verordneten Programms einer möglichst effizienten individuellen Anpassung an die Erwartungen eines flexibilisierten Marktes, mit dem heute schon die Vorschulerziehung konfrontiert ist.

Das Politische in Zeiten neuer „Eigentlichkeit“ – Herausforderungen kirchlicher Jugendarbeit

Wenn auf diese Weise das Bildungsziel der Mündigkeit mittlerweile abgelöst scheint durch das Paradigma eines möglichst gelungenen Managements des eigenen Lebensentwurfs, wenn Mündigkeit nicht viel mehr als Wahlfreiheit am Markt bedeutet, muß das auch die außerschulische Jugendarbeit herausfordern. In der aktuellen Theoriediskussion scheint es auch – angestoßen vor allem durch den Zwang zur Positionierung im Gefolge der PISA-Studien – zu einer neuen Verständigung über den Bildungsauftrag von Jugendarbeit zu kommen³². Es geht dabei um den pädagogisch wie politisch ambitionierten und wichtigen Versuch, gegen die gegenwärtige Funktionalisierung von Bildung zu einer zeitgemäßen Re-Formulierung der ehemals emanzipatorischen Gehalte außerschulischer Jugendbildung zu gelangen³³.

In der kirchlichen Jugendarbeit allerdings sind solche Diskussionen bisher nicht wahrzunehmen. Im Gegenteil: Statt einer gesellschaftsbezogenen Perspektive scheint sogar eine eher kirchenfixierte zu erstarken. Ohne schwarzmalen zu wollen und die nach wie vor lebendige Praxis gesellschaftlichen Engagements etwa in den kirchlichen Jugendverbänden zu vernachlässigen, läßt sich ein Trend beobachten, den ich die Konzentration auf das vermeintlich „Eigentliche“ und die vermeintlich „Eigenen“ nennen möchte. Ob es gelingt, junge Menschen für die Nachfolge Jesu Christi zu begeistern oder nicht, wird aus diesem Blickwinkel zuallererst daran gemessen, ob sie (als Mitglieder oder zumindest als Teilnehmer) für die Kirche und ihre „Angebote“ gewonnen und gebunden werden können. Nicht umsonst wird mit vergleichsweise großem Aufwand die jugendpastorale Legitimation von Events wie der Weltjugendtage betrieben, die dem letztlich binnenfixierten Erleben und der öffentlichkeitswirksamen Darstellung der „großen Zahl“ dienen³⁴.

Dieser Trend muß sicher im Kontext der institutionellen und inzwischen auch ökonomischen Kirchenkrise gesehen werden. Er ist, um es im McKinsey-Deutsch zu formulieren, ein Versuch der Konzentration auf die „Alleinstellungsmerkmale“ oder „Kernkompetenzen“ (bzw. was dafür gehalten wird³⁵). Zwar ist es nicht neu, daß Hauptberufliche in der Jugendpastoral und -arbeit explizit oder implizit den

Arbeitsauftrag haben, zuerst für die „Gemeindejugend“ zur Verfügung zu stehen statt beispielsweise auf Jugendliche in sogenannten sozialen Brennpunkten zuzugehen (die in der Regel im Bewußtsein der Pfarrgemeinden ohnehin externe soziale Räume sind und mit dem Leben der Pfarrei wenig zu tun haben). Die moderne Variante der Eigentlichkeitsdebatten vergangener Jahrzehnte stellt diesen Auftrag meiner Ansicht nach allerdings auf eine neue Grundlage: Es soll vor allem das gemacht werden, was der Kirche und ihrem Überleben in der modernen Organisationsgesellschaft dient. Das ist zunächst nicht einmal ökonomisch gemeint, aber es hat inzwischen durchaus diese Dimension. Noch vor wenigen Jahren wäre der Hinweis auf McKinsey als böser Sarkasmus abgetan worden. Heute lassen sich mehrere Bistümer von dieser oder anderen Consultingfirmen beraten, wie sie auch zukünftig ihr „Kerngeschäft“ absichern können³⁶.

Dabei rücken vor allem jene Aspekte des christlichen Glaubens in den Mittelpunkt, die man als religiöse Dimension im engeren Sinn bezeichnen würde, während die politische oder soziale, also die diakonische Dimension christlicher Glaubenspraxis eher nachrangige Bedeutung erhält, denn darum kümmern sich ja auch andere³⁷. Wenn als theologische Begründung dafür die Glaubensbedürftigkeit der modernen Gesellschaft, die Suche gerade junger Menschen nach Sinn und tragfähigen Leitbildern genannt werden, so ist das zwar vordergründig plausibel. Diese Sinnsuche wird allerdings nurmehr als ein Bedürfnis aufgefaßt, das es mit dem richtigen Angebot und in Konkurrenz zu anderen Sinnanbietern zu befriedigen gilt. Individuelles Glaubenserleben – und sei es in der großen Masse – löst die Vorstellung einer gemeinsamen Glaubenspraxis ab, die sich immer wieder von der konkreten gesellschaftlichen Realität herausfordern läßt. Gleichzeitig – und das ist die unfreiwillige Pointe dieser Entwicklung – willigt Kirche damit in das Reservat ein, das ihr in der modernen Gesellschaft noch zugestanden wird: nämlich mit der Bearbeitung von Sinnfragen betraut zu sein, die sich in anderen gesellschaftlichen Bereichen als dysfunktional erwiesen haben, die aber dennoch für das Bestehen der Gesellschaft als ganzer ihren Ort haben müssen. Wenn doch die politische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit gesucht wird, beschränkt sich das weitgehend auf institutionelle Interventionen; auf der Ebene der pastoralen Praxis gilt die Hauptanstrengung vor allem dem Erhalt bzw. der Rekonstruktion eines spezifisch kirchlichen Sozialraums nach dem Ende des traditionellen kirchlichen Milieus: „Nur für den, der zu uns kommt, tun wir auch etwas“ ist in diesem Sinn die eigentliche Botschaft des positiv gemeinten Mottos „wer mitmacht, erlebt Gemeinde“.

Auf diese Weise wird nun nicht nur das Selbstverständnis kirchlicher Jugendarbeit als gesellschaftlicher Diakonie halbiert, indem sie sich primär an die Jugend der Kirche oder die zumindest kirchlich ansprechbare Jugend richtet. Die weitgehende – strukturell, nicht moralisch zu verstehende – Blindheit für die Lebensrealität von Jugendlichen außerhalb der kirchlichen Sozialstrukturen macht sie letztlich auch unfähig, auf die oben skizzierten Anforderungen anders als methodisch zu reagie-

ren. In der Praxis bedeutet das meist den händeringenden und häufig frustrierenden Versuch von Hauptberuflichen, auch andere als die ohnehin Engagierten anzusprechen und für Angebote zu gewinnen. Statt eines gesellschaftlichen Perspektivenwechsels (Für wen sind wir vorrangig da?) also die Erweiterung des Zielgruppenspektrums. Abhilfe werden deshalb auch nicht neue oder höhere Erwartungen an die Profis der kirchlichen Jugendarbeit schaffen, die letztlich – ungeachtet ihrer häufig hohen persönlichen Motivation, etwas zu verändern – als Akteure in den Paradoxien der kirchlichen Sozialstruktur gefangen bleiben.

Der Synodenbeschluß hatte im Kern formuliert, daß kirchliche Jugendarbeit nicht zum Erhalt des eigenen Betriebs besteht, nicht zur Aktivierung einer eigenen Klientel, sondern daß sie mit der Lebensrealität *aller* Jugendlichen konfrontiert ist. Drei Aspekte scheinen mir vor diesem Hintergrund heute besonders relevant zu sein:

1. Kirchliche Jugendarbeit muß sich mehr denn je als *Akteurin in einem konkreten Sozialraum* verstehen lernen und kann sich nicht mehr allein in ihrem Bezug auf die jeweilige kirchliche Organisationseinheit definieren. „Was willst du, daß ich dir tun soll?“ – Diese Frage Jesu an einen Blinden in Lk 18, 41 drückt die damit verbundene Grundentscheidung wohl am deutlichsten aus: Es geht nicht um die Konzeption immer neuer Angebote an verschiedene Zielgruppen, die vor allem einen Zweck haben, nämlich besucht zu werden. Stattdessen geht es um die praktische Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten eines konkreten Gemeinwesens – verbunden mit der (selbst-)kritischen Frage, an welcher Stelle sie zum Handeln herausfordern.

2. Notwendig erscheint mir in diesem Zusammenhang die Integration einer Art sozialer und politischer Wahrnehmungsschulung in die Aus- und Weiterbildung der Hauptberuflichen – aber auch der ehrenamtlich Verantwortlichen, für die insbesondere Verbände und diözesane Strukturen zuständig wären. Damit würde der Anforderung Rechnung getragen, daß andere Kompetenzen nötig sind, um Anlässe und Möglichkeiten für Projekte oder Sozialformen wahrzunehmen, die soziale Grenzen überschreiten können, als für die Begleitung der in der Regel auch ohne Unterstützung handlungsfähigen Gruppen einer Pfarrgemeinde.

3. Kirchliche Jugendarbeit ist nach wie vor stark von ehrenamtlichem Engagement geprägt. In den derzeit dominierenden, auf den Strukturwandel des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements reagierenden Konzepten der Gewinnung und Ausbildung von Ehrenamtlichen überwiegen Ansätze, die den Nutzen auf seiten der Engagierten (etwa in Gestalt individuellen Kompetenzgewinns) mit dem Nutzen der jeweiligen Organisationsform (beispielsweise in Gestalt profilierter Ehrenamtlicher) zu verknüpfen suchen³⁸. Es ist ohne Zweifel richtig, die Engagementbereitschaft der Freiwilligen und Ehrenamtlichen als Ressource zu sehen, für die etwas getan werden muß. Daß dazu auch Komponenten wie die Pflege einer zunächst binnenorientierten Gemeinschaftlichkeit gehören, ist ebenfalls unbestrit-

ten. Allerdings muß die Frage gestellt werden, ob das Modell des Gebens und Nehmens von Kompetenz und Nutzen und eine affirmative Kultur der Gemeinschaft nicht notwendig konkreter Gegenerfahrungen bedürfen. Gegenerfahrungen vor allem zur Funktionalisierung von Wissen und Handlungskompetenz, wie sie etwa die Erfahrung geschenkter (nicht erbrachter) Solidarität mit anderen vermitteln können, auf die eine sozialraumorientierte kirchliche Jugendarbeit ja prinzipiell angelegt wäre. Voraussetzung dafür wäre allerdings auf der Organisationsseite, die Perspektive von den Belangen und Interessen der Organisation oder institutionellen Struktur auf das jeweilige Gemeinwesen zu richten.

Wenn man der Analyse der Jugend- und Engagementstudien – und der praktischen Erfahrung von Jugendarbeitern – folgt, richtet sich das politische Interesse und Engagement vor allem an alltagsweltlichen Plausibilitäten aus. So liegen die Chancen politischen Lernens – zumal wenn es nicht nur den ohnehin durch Bildung und/oder sozialen Status Privilegierten ermöglicht werden soll – sicherlich nicht in der Vermittlung politischer Themen. Stattdessen ginge es um die Unterstützung beim Durchschaubarmachen politischer Prozesse und beim Gewinnen von politischer Handlungsfähigkeit im Konkreten. Die derzeitigen Veränderungen insbesondere im Sozialsystem und am Arbeitsmarkt legen ja ohnehin die Umkehrung eines alten Schlagwortes der feministischen Bewegung nahe: Nicht das Private ist politisch, sondern: *Das Politische ist zunehmend privat!* Die Auswirkungen von Politik auf die individuelle Lebensrealität und die konkreten Lebensentwürfe, auf den sozialen Nahraum und die gesellschaftlichen Infrastrukturen transparent und so die vermeintlich unpolitische Involviertheit in Politik erfahrbar zu machen, wäre somit selbst ein Versuch zur Rettung des Politischen vor seiner neoliberalen Schrumpfform³⁹.

Dieser Versuch wird aber nur schwerlich dort gelingen, wo er lediglich als pädagogische Aufgabe an die kirchliche Jugendarbeit und dort im Besonderen an ihre hauptberuflichen Mitarbeiter delegiert wird und weiterhin mit gegensätzlichen Erwartungen konkurrieren muß. Politische Bildungsprozesse in diesem Sinn werden am ehesten dort gelingen, wo das Ausbrechen aus den Plausibilitäten kirchlicher Sozialstrukturen gelingt und der kirchliche Binnenraum nach innen wie außen als Teil eines sozialen und politischen Nahraums sichtbar und erfahrbar wird – und damit letztlich selbst politisch. Wenn es dann doch eine weitergehende Anforderung an hauptberufliche Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit gibt, dann wäre es diese: sich selbst als politische Subjekte (wieder)zuentdecken, selbst zu Akteuren im eigenen sozialen und politischen Umfeld zu werden und als solche, nicht als pädagogische animateure vermeintlich unpolitischer Jugendlicher, in die Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gehen.

ANMERKUNGEN

¹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung, Ziele u. Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit (Freiburg 1976) 290.

² Ebd.

³ Es ist instruktiv, daß die politische Dimension (und Restriktion) des Mündigkeitskonzeptes zum Zeitpunkt seiner jüngsten pädagogischen Etablierung sehr wohl gesehen wurde. Vgl. Th. W. Adorno, Erziehung zur Mündigkeit (Frankfurt 1971) 144: „Wenn man das Wort ‚Mündigkeit‘ nicht in einem phrasenhaften Sinn und selber genau so hohl verwenden will, wie die anderen Herrschaften der Mündigkeit gegenüber von Bindungen reden, dann muß man wohl zunächst einmal wirklich die unbeschreiblichen Schwierigkeiten sehen, die in dieser Einrichtung der Welt der Mündigkeit entgegenstehen.“

⁴ W. Tzschetzsch, Art. Jugendarbeit, in: Lexikon der Religionspädagogik, hg. v. N. Mette u. F. Rickers (Neukirchen-Vluyn 2001) 926.

⁵ Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus u. robustem Materialismus. 14. Shell-Jugendstudie, hg. v. d. Deutschen Shell (Frankfurt 2002) 92.

⁶ Das läßt sich beispielsweise ablesen an der unterschiedlichen Wertschätzung bzw. Ablehnung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und staatlicher Institutionen. Während (vermeintlich oder tatsächlich) „unabhängige“ staatliche Institutionen wie Gerichte und Polizei in der Wertschätzung noch vor Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen rangieren, markieren die Parteien hinter Unternehmerverbänden, Kirchen (!) und der Bundesregierung das Ende dieser Skala. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen liegen gerade noch im positiven Wertschätzungsbereich. Vgl. ebd. 105.

⁷ Bzw. das geäußerte Interesse, sich zukünftig an Wahlen zu beteiligen: vgl. ebd. 108.

⁸ Dazu zählen Aussagen wie die, daß Politiker nur am Gewähltwerden interessiert seien, daß sie sich nicht um die Meinung der Menschen kümmerten, daß Parteipolitik „anöde“, daß die meisten Menschen keinen Einfluß auf die Regierung hätten oder Politik zu kompliziert sei: vgl. ebd. 109.

⁹ Ebd. 110. ¹⁰ Vgl. ebd. 121 ff. ¹¹ Vgl. ebd. 127–137.

¹² Vgl. ebd. 137. ¹³ In der Shell-Studie wird das etwa im Zusammenhang mit „neuen“ Formen des Engagements im Kontext einer „Entgrenzung von Politik“ deutlich.

¹⁴ Jugend 2002 (A. 5) 122. Vgl. auch eine Forsa-Umfrage zum Institutionenvertrauen vom 22. / 23. 2004 (1997 Befragte). Quelle: Stern, 29. 1. 2004.

¹⁵ Sieht man von Bereichen ab, die in der an Trends interessierten Perspektive der Shell-Studie nur am Rand sichtbar werden, wie etwa der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierten globalisierungskritischen Bewegung – oder auch von bestimmten „neuen“ Engagementformen, wie sie in der Shell-Studie unter dem Sichtwort „Internet und Engagement“ größere Beachtung finden (vgl. Jugend 2002, A. 5, 221–268).

¹⁶ Ebd. 137.

¹⁷ Vgl. ebd. 33 f.

¹⁸ Im Hintergrund steht das neuere Milieuverständnis der Soziologie, das an die Stelle von sozio-ökonomischen Kriterien zur Identifizierung sozialer Gruppen und Schichten durch stärker kulturelle und eben mentalitätsbezogene Einstellungs- und Verhaltensmuster setzt. Vgl. insbesondere G. Schulze, Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart (Frankfurt 1992). Einen kurzen Abriss der Wertewandelforschung vor diesem Hintergrund liefert Th. Gensicke, Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung u. Wertewandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/1996, 3–17.

¹⁹ Einflußreich in dieser Hinsicht waren vor allem die Studien Elisabeth Noelle-Neumanns.

²⁰ Vgl. dazu die Erläuterungen in Jugend 2002 (A. 5) 161 f. (vor allem A. 42 u. 43). Die Shell-Studie unterscheidet zunächst „pragmatische Idealisten“ und „robuste Materialisten“ aufgrund des unterschiedlichen Verhältnisses von materialistischen und prosozialen Werten. Beim dritten Typus der „selbstbewußten Macher“ sind beide Orientierungen fast durchgängig gleich hoch ausgeprägt. Dieser Typus findet daher auch die größte Beachtung als Ausweis einer sozial verantwortlichen Leistungselite und ist in der Studie, mehr aber noch in ihrer politischen Rezeption auffällig positiv konnotiert (vgl. ebd. 186 f.). Die „zögerlichen Unauffälligen“ als letzter Typus weisen eine ähnliche Korrelation auf, allerdings auf deutlich niedrigerem Zustimmungsniveau: vgl. ebd. 160 ff.

²¹ Ebd. 160.

²² So etwa N. Brömme u. H. Strasser, Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement u. Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25–26/2001, 6–14. Vgl. auch M. Erlinghagen, Arbeitslosigkeit u. ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des

Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 u. 1996, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2000, 291-310.

²³ Vgl. Brömme u. Strasser (A. 22) 2001. Siehe auch H. Keupp, Handeln in Gemeinschaft als Quelle der Selbstverwirklichung – für einen bundesrepublikanischen Kommunitarismus, in: Solidarität inszenieren ... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Dokumentation einer Tagung, hg. v. d. Stiftung Mitarbeit u. a. (Bonn 1997) 13-37. Vgl. auch A. Kampmann-Grünewald, Die Förderung freiwilligen Engagements u. das Problem der Solidarität, in: Engagiert für Gotteslohn? Impulse für das Ehrenamt, hg. v. Th. Möltgen (Kvelaer 2003) 103-122.

²⁴ Ebd. 167.

²⁵ „Materialisten befinden sich in der sozial ungünstigsten Situation, ihr Gegenstück sind die Idealisten, wobei der wichtigste Unterschied der hohe Bildungsgrad des Elternhauses ist, der offensichtlich auch heute in starkem Maße vererbt wird“: vgl. ebd. 65 ff.

²⁶ Vgl. ebd. 170 f. Auch die von der Shell-Studie entwickelte Typologie des Politikbezugs stützt im wesentlichen die These, daß Teilhabechancen und Teilhabeinteressen eng miteinander verknüpft sind: vgl. ebd. 111-119.

²⁷ „Jugendliche aus den oberen zwei Dritteln der Gesellschaft sind gesellschaftlich besonders aktiv, das untere Drittel deutlich weniger und ganz besonders wenig das unterste Zehntel“: vgl. ebd. 216.

²⁸ Vgl. ebd. 40.

²⁹ Das mag folgendes Zitat aus der Shell-Studie belegen: „Während Jungen und junge Männer egozentrisches Verhalten zeigen, sich in sozialen Situationen zu behaupten wissen und Einfluß auf die Gestaltung ihrer Umwelt ausüben möchten, tendieren Mädchen und junge Frauen eher zu einem zurückgezogenen, auf soziale Integration, Harmonie und Gemeinschaft orientierten Verhalten“ (ebd.).

³⁰ Jugend 1997. 12. Shell-Jugendstudie, hg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell (Opladen 1997) 300 f.

³¹ Jugend 2002 (A. 5) 33.

³² Vgl. deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit 51 (2003) 300 ff.

³³ Vgl. exemplarisch Ulrich Dellers Begriff von Jugendarbeit als „nicht-affirmativer Bildung“: ebd. 324-329.

³⁴ Damit sollen nicht die Chancen vernachlässigt werden, die solche Begegnungen (sei es unter dem Aspekt interkulturellen Lernens im weltkirchlichen Kontext oder der temporalen Erfahrung einer großen Gemeinschaft) bieten. Die Kritik richtet sich auf die spezifische Form der Inszenierung von Kirche, die sich trotz der Aufnahme eines „sozialen Tages“ ins Programm der Weltjugendtage weitgehend auf die Dimensionen von Liturgie und Verkündigung beschränkt und damit Diakonie als Wesensmerkmal christlicher Gemeinde ausklammert. Darüberhinaus sind partizipative Elemente konzeptionell schwach ausgeprägt, so daß die Jugendlichen im wesentlichen als Adressaten und Teilnehmer, aber nicht als Handelnde im Sinn der Subjektoption kirchlicher Jugendarbeit erscheinen.

³⁵ Vgl. ein Interview mit Peter Barrenstein, Direktor McKinsey München und Synodaler der EKD, in: Rheinischer Merkur, 1.4. 2004, 28.

³⁶ Nicht daß sich Bistümer in dieser Weise beraten lassen, ist dabei das Problem. Wohl aber, daß die Pastoral unter dem zweifellos vorhandenen ökonomischen Druck gewissermaßen fremden Plausibilitäten untergeordnet wird, die zum Teil noch nicht einmal als solche erkannt und durchschaut werden – sei es, weil das begriffliche Instrumentarium von Unternehmensberatern in der Regel erfolgreich die Leitkategorien der beratenen Organisation adaptiert, um sie dann neu auszurichten – oder sei es, daß es der Theologie an geeigneten Kategorien fehlt, um auf der Zielebene in eine kritische Auseinandersetzung mit betriebswirtschaftlich geprägten Erfolgs- und Effizienzkriterien einzutreten (ihre Aufgabe war ja bisher eher, den auch ökonomischen Charakter kirchlicher Organisation explizit zu verneinen). Vgl. zur Diskussion: Neoliberalismus als Leitbild für kirchliche Innovationsprozesse? Arbeitgeberin Kirche u. Marktdruck, hg. v. W. Krämer u. a. (Münster 2000) sowie M. Schlagnitweit, Ökonomisierung (der Kirche). Von der kairologischen Bedeutung einer vielgeschmähten Zeiterscheinung, in: Diakonia 34 (2003) 305-309.

³⁷ So beschreibt Barrenstein (vgl. A. 35) „Verkündigung, Seelsorge, Kasualien und Erziehung“ als die Bereiche, die in einer zu entwickelnden „Aufgabenhierarchie“ ganz oben stehen müßten.

³⁸ Vgl. A. Kampmann-Grünewald, Solidarität oder „Sozialkitt“? Der Strukturwandel freiwilligen gesellschaftlichen Engagements als Herausforderung christlicher Praxis (Mainz 2004).

³⁹ Vgl. Z. Bauman, Die Krise der Politik. Fluch u. Chance einer neuen Öffentlichkeit (Hamburg 2000) 16: „Die Kunst, privates Leid in öffentliche Anliegen zu transformieren, läuft Gefahr, außer Gebrauch zu kommen und vergessen zu werden. Private Nöte werden mehr und mehr in einer Weise definiert, die ihre ‚Agglomeration‘ und damit ihre Verdichtung zu einer politischen Kraft außerordentlich schwierig gestaltet.“